

# pM BLogbuch EXTRA | 2026

## De te fabula narratur (Ende September)

Die FAZ hat mit dem Verfassungsschutz gesprochen. Und der hat ihr erzählt, was es mit der vormaligen Mitgliedschaft der Kandidatin der Partei Die Linke, Elif Eralp, in der Roten Hilfe und ihrer möglichen Wahl zur Berliner Bürgermeisterin auf sich hat. Auch hat sich die FAZ ausführlich darüber unterrichten lassen, welche Rolle die ‚Rote Hilfe‘ bei der Unterstützung von Mitgliedern der sog. Hammerbande oder der Neugründung der sich eigentlich selbst aufgelöst habenden ‚historischen‘ RAF gespielt hat. Woraus der FAZ-Leser entnehmen könnte, daß auch für den Verfassungsschutz die historische RAF irgendwie weiter fortexistiert, und die Partei Die Linke und Elif Eralp damit zu kämpfen haben, daß sie zu der terroristischen Herrschaft des Putin-Regimes und den politischen Verhältnissen unter seinem Neuen Zarentum in der Nachfolge der in sich zusammengebrochenen UdSSR bisher keinen klaren Schnitt vollzogen haben. Rußland führt einen faschistischen Vernichtungskrieg gegen sein Nachbarland, ‚die‘ Ukraine, in der eindeutig erkennbaren Absicht, die Kornkammer des früheren Großrussischen Imperiums in Putins wiederauferstandenes Großrußland wieder (gewaltsam) eingliedern zu wollen. Diese politische Nähe zu Putin teilt die Partei Die Linke auch mit der AfD, ob ihr das gefällt oder nicht.

Die Revisionisten aller Länder haben sich mit der russisch-chinesischen Axe vereinigt und wollen, ähnlich wie die UdSSR und das Deutsche Reich mit dem Hitler-Stalin-Pakt (1939), die deutsch-russische Waffenbrüderschaft gegen die ‚westlichen‘ Demokratien erneuern, um das ‚dekadente‘ Europa zu zerschlagen und dann untereinander ‚brüderlich‘ zu teilen! Um gegen den von Putin inszenierten Wechselbalg des ‚Antifaschismus‘ (,...einen Hitler-Stalin-Pakt? – hat es nie gegeben! ...und wenn, war das Alles Taktik!‘) anzukommen, dessen demokratisch-revolutionäre Perspektiven im Spanischen Bürgerkrieg Anfang der 30er Jahre von Hitler und Stalin in stillem Einverständnis vernichtet wurden, ist es heute gar nicht so einfach, gegen die allgemein herrschende Verlogenheit und Heuchelei einen klaren Kopf zu behalten und dazu einen klaren Trennungsstrich zu ziehen; so auch, um nicht der Versuchung zu erliegen, z.B. die Selbstauflösung der RAF etwa im Stillen zu bedauern... (obwohl vielleicht eine der sinnvollsten Aktionen ihrer ganzen Geschichte!)

Die FAZ stellt den Fall der ‚Roten Hilfe‘ nun aber so dar, als müßte die Verteidigung der ‚westlichen‘ Demokratie gegen die ‚Axenmächte‘ zwangsläufig auch die ‚Solidarität‘ mit dem Verfassungsschutz nach sich ziehen, der die Verfassung für die ‚westliche‘ Bourgeoisie, nicht aber unbedingt auch für das Proletariat schützt. Ein solcher unausgesprochen auf die Masse der Bevölkerung ausgeübter ‚moralischer‘ Zwang einer pauschalen Zustimmung für die Arbeit der staatlichen Verfolgungsorgane ist seit dem erneuten Machtantritt des KGB (unter den Label des FSB) in Rußland gang und gäbe und kann für jemanden, der dort öffentlich diese Verhältnisse negativ bewertet, einen längeren Aufenthalt im Gulag nach sich

ziehen. Im ‚westlichen‘ Europa hat jeder das Recht, gegenüber den Ermittlungsorganen kein Geständnis ablegen zu müssen, was vom Verfassungsschützer (oder vom Kommissar im ZDF-Krimi) offenbar erwartet wird. Der Widerstand gegen den Faschismus des 21. Jahrhunderts, wie er von den ‚östlichen‘ Axenmächten unter Putin und Xi gegen das ‚westliche‘ Europa inszeniert wird, sollte vonseiten eines europäischen Rechtsstaates auch nicht dazu mißbraucht werden, die Zugangsberechtigung für den allgemein notwendigen Verteidigungskampf der von jenen faschistischen Mächten bedrohten ‚westlichen‘ Demokratie davon abhängig zu machen, daß die europäischen Völker, um ihren Verbündeten gnädig zu stimmen, auf ihre verfassungsmäßigen Rechte verzichten. Das beträfe auch ihr ‚Geständnis-Verweigerungsrecht‘. Sonst hätte sich dieses Bündnis von vornherein ad absurdum geführt und von verk...t!

**»Eine soziale Bedürftigkeitsprüfung gibt es bei der Roten Hilfe in der Regel nicht«,** schreibt die FAZ: **»Elif Eralp hatte am Dienstag ihren Vereinsbeitritt zu Studienzeiten damit begründet, sie habe unterstützen wollen, „daß Menschen [auch hier menschtelt es ziemlich!] einen juristischen Beistand haben, die sich für linke und soziale Themen engagieren, auch wenn sie selbst nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen“. Ihren Austritt im vergangenen Jahr begründete Eralp „wegen teilweise anderer politischer Ansichten“. Eine Anfrage der F.A.Z., worin die Differenzen bestehen, ließ Eralp [...] unbeantwortet.«**

Was ihr gutes Recht ist! Sowohl der FAZ, wie auch dem Verfassungsschutz gegenüber! Damit in den ‚westlichen‘ Demokratien die Herrschaft des Rechts nicht durch die rechtlose Herrschaft des Staates eingetauscht wird! Da aber, im Unterschied zu Marx, die westliche Linke die Herrschaft des Rechts mit derjenigen des Kapitals als zu hundert Prozent deckungsgleich versteht, sind ihr auch die *Formen* dieser Herrschaft – ob als faschistische oder antifaschistische – und deren Auswirkungen auf die bürgerliche Gesellschaft und deren ‚Bürger‘ völlig Schnuppe! Von daher muß es sie auch nicht interessieren, ob die ‚militanten‘ Unterbrechungen der Stromversorgung für große Teile eines Berliner Stadtteils, unter der gegenwärtigen politischen Konstellation in Berlin dem Faschismus Putins nützen und dem anti-putinistischen Widerstand schaden werden. Zehlendorf liegt nicht in ‚der‘ Ukraine, und im Roten Rathaus regieren (noch!) keine in der Wolle gefärbten Quislinge von Putins (und bald auch von... Trumps?) Gnaden! Und was sind das für ‚Anti-Faschisten‘, zu deren ‚Heldentaten‘ Die Linke schweigt, nachdem sie Passanten auf den Straßen Budapests, die ihnen dem äußeren Anschein nach wie ‚Faschisten‘ vorkamen, meinten mit Eisenstangen und Holzknütteln bearbeiten zu müssen? Wer hat ihnen so etwas in ihren ‚links‘ verspießerten kleinbürgerlich-reaktionären Kopf gesetzt?

Der Berliner SPD-Vorsitzende erwartet, daß, bevor Koalitionsverhandlungen beginnen werden, Frau Eralp **„die Gründe sowohl für ihre Mitgliedschaft als auch für ihren Austritt aus der Roten Hilfe“** erklären werde. Wobei laut Sprecher der SPD auch das Bündnis von **„Berliner Linken-Gliederungen“** mit der PFLP, (**„...from the river to the sea“**) durchaus erklärungsbedürftig sei. Die Berliner CDU geht noch einen Schritt weiter: Grüne und SPD müßten sich fragen: **„ob sie eine Frau zur Regierenden Bürgermeisterin machen wollen, die bis**

**kurz vor ihrer Spitzenkandidatur Mitglied einer als extremistisch eingestuften Vereinigung war und mit ihren Beiträgen extremistische Straftäter und Terroristen finanziell unterstützt“ habe.**

Aber das CDU-Statement zu Elif Eralp ist kaum weniger borniert als die Politik der Berliner Linken. Es mißt deren Sinnhaftigkeit nicht primär am Grad der Übereinstimmung mit dem Putinismus und dem Islamismus (...und vielleicht bald auch dem Trumpismus?), sondern an dem pauschalen Begriff des „**Extremismus**“, der, wie sich am Widerstand der Ukrainer gegen die Verbrechen der Axe zeigt, durchaus eine passende Antwort auf den großrussischen Terrorismus sein kann, wenn von ukrainischen Drohnen, russische Erdölraffinerien angegriffen werden, um Putins Kriegswalze zu schädigen (jedenfalls in soweit sich diese Antwort der Ukrainer an das Kriegsvölkerrecht hält – wozu sie sich erkennbar bemüht). Wir Deutsche sollten uns – zu unserem eigenen Schutz! – von derart einseitigen Betrachtungsweisen, wie denen des Bundeskanzlers, verabschieden. Schon, um nicht dem Fatalismus eines typisch deutschen Sprichworts zum Opfer zu fallen: ‚Wir haben keine Chance. Ergreifen wir sie!‘ (?)

Inzwischen hat die Weltwirtschaftskrise die bürgerliche Gesellschaft an den Rand ihrer politischen Existenz gebracht. ‚It’s the economy, stupid‘..., dieser schlichte Sinnspruch war einmal! Die ‚westliche‘ Welt und das ‚westlich‘ orientierte Gesamt-Deutschland stehen vor der Frage, ob sie auf die Weltwirtschaftskrise ähnlich wie Deutschland vor 100 Jahren reagieren sollen. Oder ob sie was daraus gelernt haben könnten.